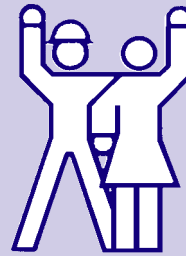


# Kolleginnen und Kollegen für eine durchschaubare Betriebsratsarbeit



Bayer AG  
Leverkusen  
September 2001

## Veranstaltung

# Gesundheit vor Profite

Am 12. September 2001 besuchen uns Kollegen aus Brasilien. Stationen eines 14-tägigen Besuchsprogramms in Deutschland sind unter anderem Köln und Leverkusen. In einer gemeinsamen Veranstaltung wollen wir über die Rolle der Pharmaindustrie bei der Versorgung mit lebensnotwendigen und bezahlbaren Medikamenten diskutieren.

### Pharmaindustrie zieht Klage gegen Südafrika zurück

Am 19. April 2001 wurde in Südafrika ein Stück Geschichte geschrieben: Die weltweit mächtigsten Pharmakonzerne zogen ihre Klage gegen die Beschaffung billiger Medikamente zurück. Dieser Schritt kam allerdings nicht freiwillig. Die weltweite Protestwelle demonstrierte das Image einer Industrie, die es bestens verstanden hatte, ihre Medikamente als entscheidenden Faktor bei der Krankheitsbekämpfung darzustellen. Rund um den Globus hat sich eine breite Koalition von Gruppen gebildet, die sich für den Zugang zu unentbehrlichen Arzneimitteln einsetzt. Darunter bekannte Organisationen wie Ärzte ohne Grenzen, Health Action International, oder OXFAM. Ebenso wichtig sind die zahlreichen kleineren Gruppen, die die Öffentlichkeit vor Ort für die moralische Unterstützung Südafrikas mobilisieren. Auch der Weltverband der Chemiegewerkschaften ICEM (dem auch die IG BCE angehört) hat sich dem Protest angeschlossen.

Weiter auf Seite 2

### Alle sparen – nur der Vorstand nicht!

Für den 23. August mietete sich der Vorstand für ca. 50 Personen den Schaufelraddampfer »Goethe« (von der Köln-Düsseldorfer) und begab sich für mehrere Stunden auf Ausflugsfahrt. Diese Veranstaltungen finden jährlich statt und zahlreiche Bayer Mitarbeiter dürfen mithelfen, dass sie auch gelingen. Der Verkehrsflächenservice putzt Straßen und Bürgersteige rund um den Anleger in der Nähe von Tor 8. Der Werkschutz darf aufpassen, dass nichts

### Gesundheit vor Profite

- ✿ Dr. Detlef Rohm (Mühlthal bei Darmstadt)
- ✿ Jorge Nascimento (Brasilien)
- ✿ Francois Teyssier (Frankreich)

Mittwoch, den 12. September 2001, 18:00 Uhr,  
Gemeindezentrum der evangelischen Kirche,  
Leverkusen Wiesdorf, Karl-Bosch-Straße 4

Auf der Veranstaltung wollen wir über die zwiespältige Rolle und die Verantwortung der Pharmaindustrie beim Thema Gesundheit sprechen. Detlef Rohm (Vorsitzender »Förderverein Neue Wege der HIV-Therapie e.V.«) wird am Beispiel der weltweiten AIDS-Katastrophe darstellen, wie sich die Profitinteressen der Pharmamonopole auf das Leben und die Gesundheit der Menschen weltweit auswirken. Er wird darauf eingehen, was sich seit dem Welt-AIDS-Kongress in Durban/Südafrika verändert hat. Unsere brasilianischen Kollegen schildern die Situation in Brasilien. Französische Kollegen aus der Pharmaindustrie erläutern ihre Positionen als Beschäftigte.

passiert, und die Feuerwehr leuchtet für die späte Rückkehr alle Wege aus, damit auch niemand stolpert oder den Weg verfehlt.

Soweit nichts einzuwenden. Aber gerade jetzt, wo alle Mitarbeiter und Bereiche noch mehr sparen müssen und auch weiterhin Personal und Sozialleistungen abgebaut werden, hätte man aus Solidarität diese Vergnügungsreise ausfallen lassen müssen. Im Geschäftsbereich LS wurden von der Leitung alle Feiern abgesagt.

Tja meine Herren, wieder einmal beweisen Sie, dass es Ihnen an Fingerspitzengefühl (oder sollten wir sagen Anstand) fehlt. Den Gürtel enger schnallen müssen wohl nur die einfachen MitarbeiterInnen.



## Förderung der Teilzeit-Schichtarbeit

In einer Woche streicht die Pharma-Industrie weltweit 560 Millionen Dollar Profite durch AIDS-Medikamente ein. Gleichzeitig werden 12 000 Menschen in Afrika, speziell in Südafrika, mit dem HI-Virus infiziert.

### Billige Medikamente sind überlebensnotwendig

In Südafrika leben vier Millionen HIV-Infizierte, und diese Zahl steigt noch. Die von den großen Pharmakonzernen vertriebenen Medikamente kosten 20 000 Dollar pro Jahr und Patient. Eine Behandlung durch Generika (Nachahmerprodukte) senkt die Kosten auf 350 bis 600 Dollar. In Brasilien konnte durch Eigenproduktion der Preis für den »AIDS-Coctail« von bis zu 15 000 Dollar auf etwa 1 000 Dollar herunter gesetzt werden. Durch ein von der Regierung unterstütztes Programm konnten 90 000 Infizierte kostenlos behandelt und die Sterblichkeitsrate um 50 Prozent gesenkt werden.

### Schutz des »geistigen« Eigentums vor Menschenleben

Die Pharmaindustrie will die Produktion von billigen Generika weltweit verhindern. So versucht die amerikanische Pharmaindustrie mit einer Beschwerde der US-Regierung die Produktion in Brasilien zu verhindern. Gegen Brasilien ist vor der Welthandelsorganisation (WTO) eine Beschwerde eingereicht worden. Die Begründung: die Produktion verstoße gegen den Schutz des geistigen Eigentums (Patente). Der Schutz sei angeblich notwendig wegen der hohen Forschungskosten. Peter Eckert (von 1989 bis 1996 bei der Bayer AG für Arzneimittelsicherheit zuständig) schreibt in seinem Buch »Das Pharmakartell«: »Die wirklichen Forschungskosten der Pharmakonzerns sind in den Konzernen selbst höheren Managerhierarchien unbekannt. Sie sind ein streng ge-

Über die »hohen« Zahlen der Teilzeitbeschäftigten bei der Bayer AG haben wir uns gewundert (3020 im Jahr 2000). Bei den Gesprächen für die Umsetzung des Teilzeitgesetzes kam es dann heraus: 777 MitarbeiterInnen, die nach Abschluss der Standortvereinbarung 1997 einen Vollkontischichtarbeitsplatz bekommen haben, werden als Teilzeitkräfte geführt. Das hat zur Folge, dass nach jeder Übernahme von ausgebildeten ChemikantInnen der Anteil der Teilzeitkräfte steigt, obwohl die »Neuen« genauso ihre 35,9 Stunden arbeiten wie die anderen KollegInnen. »Erzwungene Teilzeit« heißt dies mit anderen Worten.

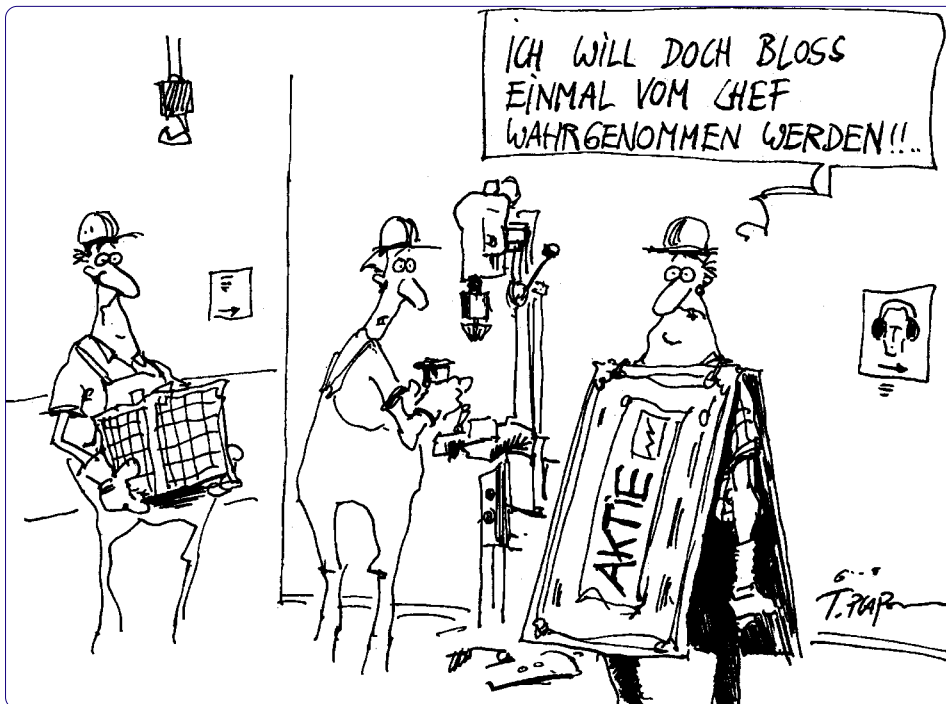
*hütetes Geheimnis ... Sie enthalten sogenannte Forschungssetats-Kosten, die in anderen Wirtschaftszweigen dem Werbeetat zugeordnet werden ... Der Öffentlichkeit wird indes vorgegaukelt, dass die Forschungen in den Laboratorien und am Krankenbett Milliardenetats verschlingen.«*

### Sharholdervalue oberstes Gebot

Wie immer geht es um die Steigerung der Profite, die Steigerungsraten werden immer höher gesetzt. Die Konzerne der Pharmaindustrie konzentrieren ihr Kapital auf Medikamente, die sich in den USA, Europa und Japan verkaufen lassen (80 Prozent des Weltverkaufs). Durch diese Konzentration wird deutlich, dass sie sich nur den Aktionären gegenüber verantwortlich fühlen.

### Unser Vorschlag

- ❖ Die Vergabe von Subventionen für Forschung und Entwicklung an wirklich gesellschaftlich nützliche Projekte zu binden.
- ❖ Die Pharmakonzerne zu verpflichten, einen Teil ihrer Riesenprofite einzusetzen für die Entwicklung und Herstellung von nützlichen und unentbehrlichen Medikamenten. Die Liste dieser Produkte könnte in Zusammenarbeit mit Nicht-Regierungs-Organisationen ausgearbeitet werden.
- ❖ Grundvoraussetzung für Gesundheit sind menschenwürdige soziale Bedingungen, dazu gehört eine ausreichende Ernährung, Bildung usw. damit Krankheiten erst gar nicht ausbrechen bzw. verbreitet werden. In vielen Ländern ist dies nicht gegeben, weil sie bei den reichen Staaten dieser Welt verschuldet sind und von Organisationen wie dem Internationalen Währungsfond oder der Weltbank in so genannte »Strukturmaßnahmen« gepresst werden die einen weiteren Abbau von sozialen Standards zur Folge hat. Damit die armen Länder überhaupt die Möglichkeit haben, gegen Hunger und unmenschliche Lebensbedingungen vorzugehen gehört u.a. auch ein Schuldenerlass.

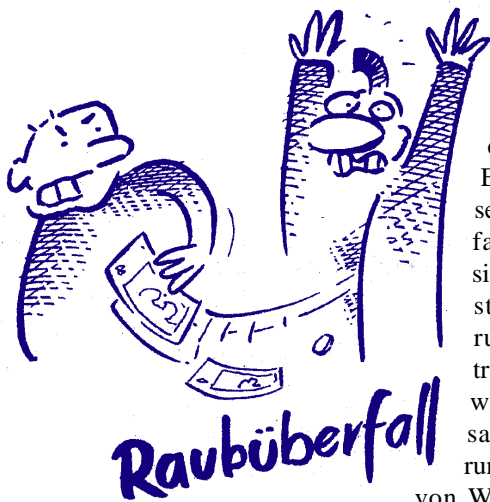


Cartoon: Thomas Pläßmann

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) stellt fest, dass jedes Jahr 16 Millionen Menschen auf diesem Planeten sterben, weil ihnen medizinische Mittel fehlen. Medikamentöse Behandlungen gibt es, aber die Mittel werden nicht hergestellt, weil sie von den Konzernen als nicht rentabel genug angesehen werden.

# Mieterhöhungen wahrscheinlich

Auf der Betriebsversammlung am 7. Mai beklagte sich Arbeitsdirektor Attila Molnar, über die Veröffentlichungen zum Abbau von Sozialleistungen bei der Bayer AG. Dazu legte er Folien auf (im übrigen alles Highlights unserer Flugblätter). Nun müssen wir leider, Herr Molnar möge uns verzeihen, dieser traurigen Serie noch ein Highlight hinzufügen. Denn wieder einmal stellt sich heraus, dass die Beteuerungen der Bayer AG »bei Sozialabbaumaßnahmen« (siehe z.B. Kita) »ändert sich für die Beschäftigten nichts« nur Augenwischerei sind, denn der Abbau geht weiter.



Bei der Ankündigung des Verkaufes der BayWoGe an die Essener Treuhandgesellschaft wurde mehrfach versichert, dass sich an den derzeit bestehenden Vereinbarungen mit dem Betriebsrat nichts ändern wird. Sowohl die Gesamtbetriebsvereinbarung (GBV) zu Vergabe von Werkwohnungen als

auch die GBV zur Regelung der Miethöhe sollten beibehalten werden. Einige wenige Wohnungen in Randbereichen sollten verkauft und nicht vermittelbare Wohnungen auch an nicht Bayer MitarbeiterInnen vermietet werden.

## Wohnen wird teurer

Bislang orientierten sich die Mieten für Bayer-Werkwohnungen an dem Mittelwert des örtlichen Mietspiegels. Dies hatten wir mehrfach kritisiert, da jedes Mal, wenn ein neuer Mietspiegel veröffentlicht wurde, auch die Mieten entsprechend angepasst bzw. erhöht werden mussten. Dies war von der Bayer AG so gewollt, damit kein geldwerter Vorteil entsteht, der von der Bayer AG oder vom Mieter versteuert werden müsste. Unsere Argumentation war immer: »Lieber ein geldwerter Vorteil, der versteuert werden muss, als eine Mieterhöhung.«

Je nach Wohnlage und Ausstattung gewährte die GBV einen Abschlag auf den mittleren Wert des Mietspiegels von bis zu 11 Prozent. Mit dem Finanzamt hatte Bayer abgesprochen, dass dieser Abschlag steuerunschädlich sei, das heißt, nicht als geldwerter Vorteil von Bayer oder den Mietern versteuert werden muss.

Jetzt hat das Finanzamt Leverkusen dem Unternehmen mitgeteilt, dass die Steuerunschädlichkeit der Abschläge nach der letzten Erhöhung des Mietspiegels Leverkusen nicht mehr gegeben ist. Sprich: Der elfprozentige Nachlass auf den Mittelwert des Mietpreisspiegels müsste (nach einer Übergangsfrist bis zum 31.12.2001) versteuert werden. Die Begründung des Finanzamtes für eine steuerunschädliche Berücksichtigung eines Mietabschlages für Mitarbeiter war, dass die Wohnungen nur Bayer-Mitarbeitern zugewiesen wurden und dem allgemeinen Wohnungsmarkt nicht zu Verfügung stünden. Dies hat sich durch den Verkauf der Wohnungen und die Vermietungen an nicht Bayerangehörige geändert.

## Was macht Bayer daraus?

Bayer hat daraufhin die Gesamtbetriebsvereinbarung Mietenregelung zum 31.12.2001 gekündigt und damit auch die Regelung des elfprozentigen Abschlages für die Mitarbeiter/Mieter. Dies geschieht gerade zufällig zum Termin des Verkaufes aller Werkwohnungen an die Essener Gesellschaft, die zur Hälfte der IG BCE gehört. Pikanterweise hat Bayer den Verkauf der Werkwohnungen zum 1.1.2002 hinausgezögert, um seinerseits der Versteuerung des Verkaufes zu entgehen.

Damit sind extreme Mieterhöhungen (natürlich nur im Rahmen des Gesetzes zur Regelung der Miethöhe) absehbar. Von den Zusicherungen des Unternehmens, die Mieter/Mitarbeiter hätten durch den Wohnungsverkauf keine Nachteile, ist nichts mehr zu hören.

## Unsere Forderungen:

- ◇ Der Gesamtbetriebsrat soll mit der Bayer AG die Beibehaltung des Mietvorteils zu verhandeln. Mieterhöhungen durch Streichung des vereinbarten Mietabschlages lehnen wir ab. Für die Mieter wäre es günstiger, eine eventuell notwendige Versteuerung des elfprozentigen Mietvorteils selbst zu tragen.
- ◇ Falls es eine neue GBV gibt, muss die Kopplung des Mietpreises an den mittleren Wert des Mietspiegels abgeschafft werden. Die neuen Mieten müssen sich an dem unteren Wert des jeweils gültigen Mietspiegels orientieren. Die Abschläge müssen beibehalten werden und eventuell entstehende geldwerte Vorteile durch den Arbeitgeber versteuert werden.
- ◇ Schluss mit den Lügen und der Schönfärberei des Vorstandes beim Abbau von Sozialleistungen! Oder noch besser: Schluss mit dem Abbau von Sozialleistungen!



Ihnen, Herr Molnar, empfehlen wir: Nehmen Sie unser aktuelles Flugblatt als neues Highlight für eine der nächsten Betriebsversammlungen, denn wir und auch die KollegInnen sehen hierin eine Bestätigung unserer Kritik. Das Wehklagen von Ihrer Seite halten wir für unangebracht. Nicht Sie sind es, der unter dem Abbau von Sozialleistungen zu leiden hat.



# Sparen – egal was es kostet

**Als eine zusätzliche Möglichkeit Kosten zu sparen, hat der Vorstand die Einführung sogenannter »War-Rooms« (Kriegsräume) beschlossen.**

Das Konzept ist ein Kostensenkungsprogramm für den so genannten indirekten Bedarf. Dieser umfasst alle Materialien und Dienstleistungen, die nicht von der Produktionsplanung betroffen sind, wie zum Beispiel: IT-Bedarf, Betriebsmittel, Verbrauchsmaterial, Werbemittel, Dienstreisen und Gästebewirtungen. Dieses Konzept soll dazu dienen, beabsichtigte Ausgaben auf sachliche und terminliche Notwendigkeit zu überprüfen und je nach Bereich 10-20 Prozent der Kosten einzusparen.

Aus Insiderkreisen hört man, dass dieses Konzept dazu beitragen soll, die von Herrn Schneider in diesem Jahr angestrebte Gewinnsumme zu erreichen, bzw. zu erhöhen. Auch Lagerbestände sollen durch War-Room abgebaut und notwendige Bestellungen ins nächste Jahr verschoben werden. Das ist jedoch reine Gewinnkosmetik, da die jetzt eingesparten Kosten im nächsten Jahr das Ergebnis negativ beeinflussen. Durch die Lipobay-Krise angekündigten Gewinneinbußen können die im Verhältnis dazu geringen Einsparungen über die »Kriegsräume« nicht ausgleichen. So entwickelt sich War-Room zum Nebenkriegsschauplatz.

## Leitende Mitarbeiter mit War Room beschäftigt

Mehrmals in der Woche treffen sich einige hochbezahlte leitende Mitarbeiter, und versuchen die Kosten in ihren Bereichen zu senken. Dabei wird anscheinend vergessen, dass diese leitenden Mitarbeiter sehr gut bezahlt sind und erst einmal ihre Gehaltskosten über den War-Room einspielen müssen, bis sich eine tatsächliche Einsparung ergibt. Wir bezweifeln, dass die dann eingesparten Summen dazu beitragen, das Bayer-Ergebnis im Jahr 2001 maßgeblich zu verändern. Außerdem fragen wir uns: Haben diese Leitenden nichts Besseres zu tun? Und: Womit waren sie vorher beschäftigt?

## Sicherheit und Sprachgebrauch

Wir befürchten, dass durch diese Einsparungen, die auch Laborverbrauchsmaterialien (z.B. Einweghandschuhe) betreffen, die Arbeitssicherheit beeinträchtigt wird. Gerade bei persönlicher Schutzausrüstung darf auch im Sinne des viel beschworenen

Responsible-Care nicht gespart werden. Auch sprachlich stört uns der Name War-Room. Nicht nur, dass wir die immer häufiger angewendeten englischen oder amerikanischen Begriffe (Anglizismen) für überflüssig halten. Auch färbt der immer aggressiver werdende Umgangston auf die Abteilungen ab. Muss es direkt ein »Kampf ums Budget« sein, oder täte es nicht einfach eine »Kostenüberprüfung«?

Leider handelt es sich in den Auswirkungen tatsächlich um einen Kampf ums Budget und das sogar Abteilung gegen Abteilung. Wenn z.B. in einer Abteilung Bildungsmaßnahmen nicht mehr



Wenn Betriebswirte heiraten

Cartoon: Thomas Plaßmann

genehmigt werden, hat PS-Bildung ein Problem auf der Einnahmeseite und muss andere Abteilungen mit Zusatzkosten belasten oder noch mehr sparen. Eine Spirale ohne Ende.

## Misstrauen gegen Beschäftigte

Eine weitere, jedoch eher psychologische Seite ist, dass über B2B (*business to business*, einem neuen Bestellsystem über SAP) erst vor relativ kurzer Zeit viele Beschäftigte in einem festgesteckten Rahmen mehr Eigenverantwortung bei den Bestellungen bekommen hatten. Diese wird jetzt eingeschränkt, da jede Bestellung kontrolliert wird. Das ist ein klares Misstrauensvotum gegenüber den Beschäftigten.

## Unsere Betriebsräte:

\* Ersatzbetriebsräte

Vorwahl: 021430

	Bereich	Gebäude	Telefon		Bereich	Gebäude	Telefon
M.-Erkan Bayraktar	Kraftwerk Nord	G 15	72224	Herbert Janke	Betriebsrat	4815	23638
Heike Bär*	WD/UWS	W 15	21505	Rainer Länder	Betriebsrat	4815	22480
Frank Behrendt*	ZT-TE	E 41	23669	Werner Opitz	CH-T/CPD	P 1	25289
Joseph Daiminger	Betriebsrat	G 7	25878	Michael Prenzlöw	CH-T	P 21	53518
Kasim Deve*	LS-F/TL	Q 1	28580	Peter Pütz	Betriebsrat	F 44	23969
Wolfgang Fleu*	LS-P/LDI	U 24	57623	Nikolaus Roth	Betriebsrat	4815	25902
Marianne Hürten	Betriebsrat	4815	21588	Elke Schmidt	ZF-DAL	O 13	25912